

Wahlen Ständerat

Staatsmedizin verhindern

Joachim Eder (60, Unterägeri) ist ein Urgestein in der Zuger Politik, in der Regierung seit Jahren ein fester Bestandteil. Und er ist vor allem auch ein berechenbarer Politiker. Als Gesundheitsdirektor hat er die Zuger Politik geprägt. Eder gilt als äusserst volksverbunden – als einer, der den Puls der Zuger spürt und ernst nimmt.



Joachim Eder, seit 29 Jahren in der kantonalen Politik

Weshalb kandidieren Sie für den Ständerat?

Joachim Eder: Ich möchte den Schwung der Zuger Politik und meine jahrzehntelange politische Erfahrung (19 Jahre Kantonsrat, 10 Jahre Regierungsrat) im Ständerat einbringen – für unseren Kanton und die Schweiz.

Die grosse Mehrheit der Zuger tut sich mit den NFA-Zahlungen schwer und fordert eine Obergrenze. Passieren tut aber nichts. Ist es wirklich so, dass Zug als einer der wenigen Geber nichts unternehmen kann?

Wir müssen noch härter auftreten und allen klar machen, dass nicht nur im NFA-System eine Obergrenze fehlt, sondern auch unsere Solidarität eine Belastungsgrenze hat. Die Zuger Bevölkerung leistet für das Gedeihen unseres Landes bereits heute einen sehr grossen Beitrag. Das Steuerdumping durch Nehmerkantone (Beispiel Luzern!) muss verboten werden. Solche Aktionen belasten unser Verhältnis nachhaltig und verlangen eine neue Definition der drei Buchstaben NFA: Nachbars Finanzen ausgeben ...

Alle Parteien haben die Familien entdeckt. Verschiedene Kreise fordern deshalb mehr Fremdbetreuung, Tagesstätten auch während der Ferien, und bezahlen soll dies die Allgemeinheit. Also höhere Steuern. Welchen Stellenwert hat bei Ihnen die Eigenverantwortung?

Einen sehr grossen natürlich! Die Eigenverantwortung der Eltern muss wieder gestärkt werden. Der Staat soll gute Rahmenbedingungen für die Familien schaffen und nur jenen helfen, die nachweislich Unterstützung brauchen. Höhere Steuern und die immer grösser werdende Anspruchshaltung an den Staat lehne ich genauso ab wie absurde und praxisferne Vorschriften für Kindertagesstätten.

Die Krankenkassenprämien steigen und steigen. Immer mehr Leute haben Probleme, diese bezahlen zu können. Wie bekommen wir das Gesundheitswesen in den Griff?

Vorerst: Der Kanton Zug hat seine Hausaufgaben gemacht. Die Prämien zählen im schweizerischen Vergleich zu den tiefsten und die Spitalstrukturen sind bereinigt. Problematisch ist aber die um sich greifende Vollkaskotalität in der Krankenversicherung. Wenn jeder Hustensirup von der Gemeinschaft bezahlt wird und die Ärzteschaft bald mehr Zeit für die Administration als für die Behandlung aufwenden muss, stimmt etwas nicht mehr. Wir sollten deshalb den Patientinnen und Patienten sowie den Grundversorgern wieder mehr Verantwortung geben. Sonst bewegen wir uns zusehends in Richtung Staatsmedizin. Und dies ist mit aller Vehemenz zu verhindern.

Weshalb sollen die Zuger Sie am 23. Oktober wählen?

Die Zukunft unseres Landes mitgestalten zu können, ist faszinierend, umso mehr, als ich starkes Vertrauen in das Erfolgsmodell Schweiz habe. Deshalb würde ich gerne für Zug nach Bern gehen! Ich werde mich bemühen, auch in Zukunft ein zuverlässiger, berechenbarer und glaubwürdiger Volksvertreter zu sein.

ANZEIGE